

Er erscheint wöchentlich 3 Mal in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
die Expedition, Hobestraße 4, die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 44, A. Bebel, Peterstraße 18, S. Müller, Bayerscherstraße 8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.
Filialexpeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J. via New York.
G. A. Bonner,
185 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 96.

Sonnabend, 30. November.

1872.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Dezember zu 4 1/2 Neugroschen werden bei allen sächsischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Hobe Straße 4, wie in der Genossenschaftsbuchdruckerei Zeigerstraße 44, dann Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönfeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Weichert, Haus Nr. 9 in Plagwitz, für Connewitz u. bei Teubner, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Sozialdemagogisches.

II.

Das „königliche Versprechen“ wurde im Frühjahr 1864 gegeben. Obgleich an eine Deputation Schlesiener Arbeiter gerichtet, galt das „Versprechen“ den deutschen (speziell preussischen) Arbeitern überhaupt. Und, wie die Thatsache der Veröffentlichung eines amtlichen Audienz-Berichts in der offiziellen „Zeidler'schen Correspondenz“ ungewidmet behauptet, sollten die deutschen (speziell preussischen) Arbeiter auch wissen, daß das „Versprechen“ gegeben worden. Durch diese Veröffentlichung wurde der Empfang der Deputation aus einem einfachen privaten „Gnadenakt“ der königlichen Majestät zu einer berechneten politischen Handlung, die Antwort des Königs aus einer Privatäußerung, betreffend einen einzelnen konkreten Fall, zu einem politischen Programm gemacht. Die Schlesiener Arbeiterdeputation lieferte nur den Anlaß, war nur das Behiel*, um den deutschen (speziell preussischen) Arbeitern zu sagen:

„Laßt Euch nicht durch die fortschrittlichen Raisonneurs beirren. Glaubt nicht den liberalen Phrasen des Bürgerthums. Schließt Euch nicht der Opposition an, denn sie wird durch Eure Feinde gebildet. Vertraut dem König — er wird Euch gegen die fortschrittlichen Ausdauer schützen. Er wird, als Vater des Volks, dem armen Mann helfen. Ihr habt sein Wort. Und ein Königswort wird bekanntlich niemals gebrochen.“

Kurz, es war den Herren Bismarck und Wagener gelungen, den König von Preußen zur Uebnahme der ihm zugeordneten Rolle in ihrem sozial-politischen Intrigenstück zu bewegen.

Ueber den Bericht der Zeidler'schen Correspondenz haben wir wenig zu sagen: der sozialdemagogische Pferdefuß des Erzengels guckt so völlig unverhüllt daraus hervor, daß wir nicht nöthig haben, besonders mit den Fingern auf ihn zu weisen. Genuß, es ist amtlich proklamirt: „Der Lohnbruch der Arbeitgeber ist so groß geworden, daß sie (die Arbeiter) nicht mehr existiren können, während ihre Mittellosigkeit ihnen doch nicht erlaubt, durch Auswanderung nach besser situirten Gegenden ihren Familien ein redliches Auskommen zu verschaffen.“ Also der „Lohnbruch der Arbeitgeber“ ist ausdrücklich als Ursache des Elends der Arbeiter bezeichnet, und ausdrücklich erklärt, daß die Arbeiter nicht in dem Staat sind, sich ohne Hilfe (die natürlich nach dem Zusammenhang nur königlich preussische Staatshilfe sein kann) aus ihrer traurigen Lage zu befreien. — Was dem Einen recht, ist dem Andern billig; es versteht sich, daß das in Bezug auf die Schlesiener Arbeiter Gesagte auch auf alle übrigen, in gleicher Lage befindlichen Arbeiter auszudehnen ist.

Wir kommen jetzt zu dem „königlichen Versprechen“ selbst. Unsere Leser wissen, daß Fürsten und Staatsmänner nicht mit dem Maßstabe gewöhnlicher Menschen gemessen werden dürfen. Wir hatten schon früher den lateinischen Satz zu zitiren: si duo faciunt idem, non est idem — Wenn Zwei das Nämliche thun, ist's darum nicht das Nämliche.

Wenn der Bauer Hinz zu dem Bauer Kunz spricht: „Du ziehst sofort einen Draingraben mitten durch Deine Acker, oder ich jage Dich morgen von Haus und Hof!“ so ist das eine gerichtlich strafbare Drohung; und wenn Hinz auf die Weigerung des Kunz diese Drohung auch wirklich ausführt, so wird Hinz wegen widerrechtlicher Besitzergreifung mit Einbruch unbarmherzig ins Zuchthaus gesteckt; und, wenn der Bauer Hinz bei der Affäre gar einen Knecht des Bauern Kunz todt geschlagen haben sollte, wird er sogar als Raubmörder aufs Schaffot geschickt. Wenn aber der König K. zu dem König N. spricht: Du nimmst sofort in dem Streit, den ich mit dem Kaiser J. habe, meine Partei, oder ich jage Dich zum Teufel und stehle Dein Land, sammt den Unterthanen, die dazu gehören, in die Tasche, so ist das eine lobenswerthe Aeußerung patriotischer Tugend; und wenn König K., da Kollege N. laud bleibt, seine Drohung wahr macht und bei der Gelegenheit einigen Duzend, oder Hundert, oder Tausend, oder unsertwegen auch Beihülfer — je mehr desto besser — beiderseitiger Unterthanen die janua vitae, das Thor des ewigen Lebens öffnet, wie Fürst Bismarck das todtschlagende, todtschneidende und todtsprechende ein in elegant euphemistischer Redewendung nannte — so ist das eine ruhmvolle Handlung, die von den „gebildeten Klassen“ beiläufig, von den Dichtern besungen, von den Professoren, Journalisten und Stadtverordneten beweihräuchert wird.

Wenn der Bauer Hinz mit dem Bauer Kunz freundlich thut, und beim Nachhantelweg von einer gemeinsamen Wirthshaus-Expedition denselben plötzlich von hinten überfällt, tüchtig durch-

wallt und ihm die Taschen leert, so ist das unstreitig und unbestritten ein feiger, niederträchtiger Schurkenstreich. Wenn aber der Fürst A. dem Fürst B. auf dem Gebiet der hohen Politik einen ganz ähnlichen Streich spielt: ihn in Sicherheit lullt, einen Streit vom Zaun bricht, und den Unvorbereiteten zu Boden wirft, so ist das nicht nur nicht feig und niederträchtig, sondern im Gegentheil sogar heldenmüthig und edel.

Wenn Bauer Hinz und Bauer Kunz einander zu überwoththeilen suchen, und dabei um die Wette lügen, betrügen, Ränke spinnen, Winkelzüge machen, so sind Beide nach einmüthigem Urtheil des Publikums Lumpen und Charakterlose Subjecte; und der Sieger in diesem Wettkampf der Gemeinheit fällt ebenso gut der Verachtung anheim wie der Besiegte, nur daß Letzterer noch oben drein ausgelacht wird. Wenn aber der Staatsmann C. und der Staatsmann D. ein solches Duell des Lugs, Betrugs, Ränke spinnens und Winkelzuges ausfechten, so wird wohl der Unterliegende mit faulen Wipen und Eiern bombardirt, aber der Sieger, der das meiste Glück oder Geschick beim Lügen, Betrügen, Ränke spinnen und Winkelzugmachen gehabt hat, ist nicht ein großer Spitzbube, sondern ein „großer“ Staatsmann.

Wenn der Bauer Hinz — doch exempla sunt odiosa, Beispiele sind gefährlich; und was wir meinen, ist wohl hinlänglich klar.

Hätte Unsererins, irgend eine beliebige „latilinarische Existenz“ eine Abordnung von hungerleiderischen Weibern, Spinnern, Maschinenarbeitern, wir wollen sagen aus dem Erzgebirge in seiner Privatwohnung, oder gar im Redaktionslokal des „Volksstaat“ empfangen, und seine „Missbilligung“ darüber ausgesprochen, daß der Fabrikant K. in Meerane, J. in Glauchau und J. in Chemnitz Arbeiter deshalb entlassen habe, weil sie am Hunger leiden keinen Spaß haben und im „Volksstaat“ ihre Noth geklagt; hätte Unsererins den Abgeordneten gesagt: es ist Unrecht, daß Ihr in dieser traurigen Lage seid, der Staat ist zur „gesetzlichen Regelung der (sozialen) Frage und dadurch Abhülfe Eurer Noth“ verpflichtet; und hätte Unsererins hintennach in dem „Volksstaat“ einen Bericht über diese Unterredung geschrieben oder schreiben lassen, in welchem von dem „Lohnbruch der Arbeitgeber“, der „so groß sei, daß die Arbeiter nicht mehr existiren können“, die Rede gewesen — — — so wäre das — und die Herren Dunder, Steing, Marx Hirsch, Verstein von der Berliner „Volkszeitung“ werden uns dies gewiß bezengen, — so hätte sich Unsererins der verschiedensten, prononcirtesten „Sozialdemagogie“ von der Welt schuldig gemacht.

Aber est inter eo inter, was dem Einen erlaubt, ist dem Andern nicht erlaubt; an sich ist eine Handlung ganz farblos, erst die handelnde Person und deren Motive verleihen ihr Farbe; und so sicher es ist, daß Unsererins ein „Sozialdemagog“ sein muß, so sicher ist es, daß der König von Preußen (seit fast 2 Jahren Deutscher Kaiser) ein „Sozialdemagog“ nicht sein kann. So wenig ein König lügen, betrügen, morden, ehbrechen kann, so wenig kann er „Sozialdemagog“ sein. Jeder Staatsanwalt wird uns dies bezeugen.

Der Inhalt des „königlichen Versprechens“ ist rein und zweifelsohne. An einem Königswort soll man nicht deuteln, und das, mit welchem wir es hier zu thun haben, schließt von vorn herein durch seine soldatische Einfachheit die Möglichkeit jedes Deutels aus:

„Die Arbeiterfrage soll möglichst bald gesetzlich geregelt, und damit der Noth der Arbeiter Abhülfe geschafft werden.“

Versprochen ist:
Erstens: möglichst baldige gesetzliche Regelung.
Zweitens: Abhülfe der Noth.

Die „Abhülfe der Noth“ ist das erhabene Ziel, welches der König von Preußen sich setzt — nie hat ein Fürst sich ein erhabeneres Ziel gesteckt! Und „möglichst bald“ soll die „gesetzliche Regelung“ für die „Abhülfe der Noth“ erfolgen! So steht's da, schwarz auf weiß. Dixit! Autos opha — Er hat es gesagt — Wilhelm I. König von Preußen, seit fast 2 Jahren Deutscher Kaiser.

Wie die „Abhülfe der Noth“ definitiv zu bewerkstelligen, darüber denken Andere anders, und es kann lange dauern, ehe man darüber ins Reine kommt. Aber zur provisorischen Abhülfe bedarfs keiner langen Verathung: sie ist bloß eine Frage des guten Willens. Denn am Können fehlt's doch wahrlich nicht dem König von Preußen.

Und „möglichst baldige gesetzliche Regelung“ der „Abhülfe der Noth“ hat er versprochen. Der König von Preußen ist ein „mächtiger Herr“, und es verräthe die größte Unkenntniß preussischer Verhältnisse, wollte Jemand bezweifeln, daß dem König von Preußen die „baldige gesetzliche Regelung“ auch möglich gewesen. Die Armeeorganisation gegen den Willen der Kammer und des Lands durchsetzen, war jedesfalls hundertmal schwieriger; und für den zehnten Theil des Geldes, welches die Armeeorganisation gekostet hat, war die „Abhülfe der Noth“ wenigstens provisorisch zu bewerkstelligen.

Das „königliche Versprechen“ wurde im Frühjahr 1864 gegeben. Fast 9 Jahre sind seitdem verfloßen: König-Wilhelm ist heut ein noch mächtiger Herr, als vor 9 Jahren. Er hat drei glückliche und glorreiche Kriege geführt, und trägt jetzt die Kaiserkrone auf seinem königlichen Haupt.

Und das „königliche Versprechen“? — — — Der Himmel bewüte uns zu schreiben, es sei nicht erfüllt worden. Freund Bebel, der hochverräterische Sünder hat ja neulich erst in schlagendster Weise (durch ein neumonatiales argumentum ad hominem) erfahren, daß Fürsten ihr Wort nicht brechen können, ebensowenig wie lügen, betrügen, morden, ehbrechen.

Es ist wahr, wir sind, trotz äußerster Anstrengungen, selbst mit Hilfe eines Vergrößerungsglases, nicht vermögend, etwas zu entdecken, was sich als Erfüllung des „königlichen Versprechens“ auffassen ließe, allein das ist offenbar die Folge eines Naturfehlers, an dem wir laboriren; — nicht ist das „königliche Versprechen“ unerfüllt geblieben, bloß unsere Sehkraft ist mangelhaft. — — Wir sehen schwarz. In Wirklichkeit trägt alles die schönste rosenrothe Farbe: Die „gesetzliche Regelung“ ist erfolgt, und zwar „möglichst bald“; die „Abhülfe der Noth“ ist längst vollendete Thatsache, und in den Thälern des Riesengebirgs singt kein hungernder Weber mehr:

„Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht sonnie erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erschrieen läßt. —
Wir weben, wir weben!
„Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur getreuen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo häßlich und Roder den Warm erquickt. —
Wir weben, wir weben!
„Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben Dein Reichentum,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch. —
Wir weben, wir weben!“

Der Dichter*, der dieses Lied erbacht, schläft ein halbes Menschenalter auf dem Kirchhof Montmartre, an der Brust seiner Lutetia**, seiner geliebten Lutetia, wo sich so leicht lebt und so leicht stirbt, und wo jeder Zoll Erde gedüngt ist mit dem Blut der Revolutionskämpfer und Märtyrer; und als das „königliche Versprechen“ den hoffnungszerternden Webern verkündet wurde, da war er bereits von den Französischen Wärmern getroffen, konnte also keine Majestätsbeleidigung gegen den Urheber des „königlichen Versprechens“ begehen. — Das, in Parenthese, für den Herrn Staatsanwalt.

Jene Weber, die den „König der Reichen“ verwünschen, sie sind ein düsterer Traum der Vergangenheit. „Altdeutschland“ wird nicht mehr unter „dreifachem Fluch“ das Reichentum gewoben — „Altdeutschland“ hat ja, wie jeder Schuljunge weiß, einem „Neudeutschland“ Platz gemacht, welches eine „sehr schöne Gegend“ ist; die Schatten schattenhaft zusammengetrodneten Weber huschen nicht mehr gespenstisch durch das Riesengebirge, nirgends mehr, so weit der Arm des mächtigen Preußenkönigs reicht, kragt der Hungerwolf an der Hütte der fleißigen Arbeit; nirgends hat der Arbeiter mehr zu darben, nirgends mehr braucht er froh zu sein, wenn er knapp trocknes Brod und Kartoffeln hat. — — — Ach nein — das hat sich Alles gar herrlich geändert: wo Arbeiter sind, da eröthen fröhliche Lieder, die abgehärmten Gestalten sind vollwändig geworden, nette Händchen, hübsch eingerickelt, beherbergen die Schaar der Glücklichen, und gesunde anständige Kleider auf dem Leib und solide Hammelkeulen und gesinnungstüchtige Beestsacks auf dem Tisch des Arbeiters zeugen von dem erfüllten „königlichen Versprechen“.

Das ist die Wirklichkeit, die wirkliche Wirklichkeit. — — — Wir reiben uns die Augen. — — — Und auch Du, Leser? Zweifelst Du an den Hammelkeulen und Beestsacks?

Nimm Dich in Acht! Laß keinen Staatsanwalt Lunte riechen. Der Zweifel ist Majestätsbeleidigung. Könige können ihr Wort nicht brechen. Ergo sind die Hammelkeulen und Beestsacks auf dem Tisch der Arbeiter, denen das „königliche Versprechen“ ertheilt ward, Realitäten, saftige, wohlschmeckende, nahrhafte Realitäten, nicht windige Fiktionen.

Also ist diese realsten aller realen Hammelkeulen und Beestsacks, lies dazu das „königliche Versprechen“ mit — sei dankbar ob der „königlichen“ Erfüllung. — — —

Was? Du zweifelst noch immer? Gut, dann auf 9 Monate nach Bwidau!

Politische Uebersicht.

Der famose Belsenfonds kam am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus wirklich zur Sprache. Herr Richter, der die Schäden des heutigen Staats und der heutigen Gesellschaft so gut kennt wie Einer, seine Kritik aber mit gewissen mysteriösen Schranken nuzieht und ihr durch gehässige Angriffe auf die Sozialdemokratie die revolutionäre Spitze abbricht, nahm den Stier bei den Hörnern und entwickelte unter verlegenen Schweigen des Hauses und selbst der Fortschrittspartei (bei der Herr Richter seitdem ganz in Ungnade gekommen ist), wie die Revenuen dieses Belsenfonds, der sich bekanntlich auf etwa 20 Millionen Thlr. beläuft, längst nicht mehr zur Abwehr feindlicher Bestrebungen der depossedirten Fürsten*, wie ursprünglich bestimmt worden war, sondern hauptsächlich zur Korruption der Presse verwendet werden, wie dies unter dem Bonaparteschen Regiment in Frankreich in ähnlicher Weise und in gleich (?) kolossalem Maßstabe geschah. In Berlin z. B. figurirte ein Beamter des offiziellen Preßbüreaus als Käufer einer Zeitung mittelst einer Summe von 100,000 Thlr. Woher hat der Mann das Geld? Die Antwort gibt der Belsenfond. Das „Publikum“, so schloß der Redner, „hat überhaupt gar keine Ahnung, in welchem kolossalem Maßstabe die offizielle Presse in den letzten Jahren zugenommen hat, in wie großem Umfange die Presse gegenwärtig ressortirt von den sogenannten Waschzetteln, wie sie für die Redakteure der Organe der öffentlichen Meinung täglich im Preß-

*) Seine.

**) Der kömische Name für Paris.

*) Mittel, eigentlich: Fahrzeug.

bureau aufgestellt werden. Ich gebe zu, daß auch hier eine gewisse Mannigfaltigkeit der Ansichten für die Vertretung noch möglich ist. (Heiterkeit.) Dem aufmerksamen Beobachter wird es z. B. nicht entgehen, daß die Leiboffiziere des Ministers Eulenburg oft nach ganz anderen Maßstäben arbeiten, als die Leiboffiziere des Fürsten Bismarck; ja mitunter bemerkt man, daß diese Offiziere selbst in Konflikt gerathen, nämlich die Offiziere, die von der Hintertreppe des Hotels herunterkommen mit denjenigen, die das Hotel auf der Bordtreppe verlassen. (Heiterkeit.) Es ist überhaupt charakteristisch, daß während auf der einen Seite 100,000 Thlr. jährlich, meiner Meinung nach, verwendet werden, um die Parteipresse der Regierung zu härten, auf der anderen Seite alle Knebel und Steuern unverfehrt bleiben, die auf der unabhängigen Presse lasten."

Herr Richter hat nur den Einen Fehler begangen: er hat nicht die volle Ausdehnung der Pechkorruption bloßgelegt. Wenn er die jetzt in Deutschland herrschende Käuflichkeit und Abhängigkeit der Zeitungen für „gleich kolossal“ erklärt, als unter dem französischen Empire, so thut er dem Deutschen Empire damit entschieden unrecht, denn es hat, wie sich unschwer nachweisen läßt, das Bonaparteische Original doppelt und dreifach übertroffen. Die Deutscherbande bestach und kaufte, was zu bestechen und kaufen war, und unterdrückte, was nicht — aber sie konnte sich nicht zu der Höhe des jetzt in Deutschland verwirklichten Gedankens emporheben, die öffentliche Meinung in einer großen Zentralfabrik durch „Staatsindustrie“ für die gesammte Presse fertigen zu lassen, sie durch eine sinnreiche Hörsprecherin in die verschiedenen Redaktionslokale hineinzupumpen und daneben das Zeitungs-„Gründer“ auf eigne Faust — natürlich nicht unter eigenem Namen — en gros zu betreiben, so daß es thatsächlich in Deutschland fast keine Zeitungen gibt, die nicht den Verwaltern des Welfenfonds gehören oder zur Verfügung stehen. Wutke in seiner vortrefflichen Broschüre („Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“) hat gezeigt, „wie es gemacht wird“. Diese Broschüre erschien 1866 und seitdem hat man in Berlin sehr viel gelernt, und das Geschäft wesentlich verwehrt!

Wol ein Druckfehler ist, wenn in obigem Auszug aus der Richter'schen Rede von 100,000 Thlr. die Rede ist, denn der Welfenfonds allein liefert jährlich zwischen 700,000 und 1 Million Thlr.!

Es versteht sich von selbst, daß die gewünschte Anstalt über die Verwendung des Welfenfonds verweigert wurde!

Aber so geht's: Die Großen gehen frei aus, und die Kleinen hängt man. So wird uns unter Anderem geschrieben: „Die Münchener Polizei macht mit sittlicher Entrüstung bekannt, daß die Spigeder (die eine Zeitung ganz und mehrere halb besaß) Literaten bestochen hatte, um für ihre Schwindelbanken zu schreiben. Die Polizei sagt in ihrer Bekanntmachung: „Als Beweis hierfür wollen wir nachstehend den Wortlaut einer bei Amt vorliegenden, von Spigeder persönlich geschriebenen und von dem betreffenden Literaten mit seinem Namen unterzeichneten Urkunde mittheilen; sie lautet: „Erklärung. Unterzeichneter bestätigt hiemit, daß er als Entschädigung für seinen Namen, Gloire und Ehre eine Summe von 500 fl. von Adele Spigeder heute erhielt und somit keine weiteren Ansprüche mehr an dieselbe zu machen hat. (Folgt der Name.) München, 21. Juli 1872.“ Allerdings fürchtbar abscheulich. Aber wie gefällt Euch das Nachstehende? „Der frühere Redakteur der Ostdeutschen Zeitung in Posen, Dr. Paul Waldstein, hat, wie dieses Blatt mittheilt, in Pest den „Ungarischen Lloyd“, das „Bester Journal“, das „Neue Bester Journal“ und das „Bester Tageblatt“ gekauft. Letztere drei Zeitungen werden vereinigt. Die Chefredaktion des „Ungarischen Lloyd“ übernimmt Herr Dr. Paul Waldstein. Mit dem 1. Januar tritt das Unternehmen in Kraft.“ („Volkszeitung“ vom 11. Oktober 1872, 2. Beilage, „Bermischtes“.) Zu dieser scheinbar so harmlosen Notiz erlauben wir uns Folgendes zu bemerken: 1) Ihren Ursprung verdankt sie dem Preßbureau. 2) Berechnet ist sie für Gimpel. Und hier unsere Beweise:

a) Herr Paul Waldstein ist vor 2—3 Jahren von Posen nach Pest gegangen, wie die Nationalen sagten, um die deutschen Interessen dort in der Presse zu vertreten, in Wirklichkeit aber als Bismarck'scher Agent.

b) Vier Bester große Zeitungen kosten zusammen mindestens 1—2 Millionen, wenn man in Anschlag bringt, daß in Pest der Gründer- und Börsenschwindel noch größer als in Wien ist, die Zeitungen dort also durch die Börsen- und „Gründungs“-Inferate wahre Goldgruben sind.

c) Herr Paul Waldstein von Hause aus kein Privatvermögen, und hat aus Posen — wo er als alleinstehender Mann mit 800 Thlrn. jährlichen Gehalts lebte — eher etwas Anderes als Vermögen mitgenommen — was natürlich an sich keine Schande ist, aber zu dem vorliegenden speziellen Zwecke hier gesagt werden muß.

Aller Wahrscheinlichkeit hat vielmehr Herr Paul Waldstein auf Rechnung des Bismarck'schen Reptilienfonds „gekauft“, selbstverständlich mit obligator Gratifikation à la Bras u. s. w.

Und was dem Einen recht ist, ist der Spigeder billig.“ —

Der Wehr hat seine Schuldigkeit gethan. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ finden wir folgende Notiz: „Die Landwehrlente und Reservisten, welche seiner Zeit aus den vom Staate zur Disposition gestellten Mitteln durch den jetzigen Magistrat Darlehn empfangen hatten, sollen, wie hiesige Blätter melden, in den letzten Tagen Mahnbriefe zur Rückzahlung bei Vermeidung von Exekution erhalten haben.“ Der Landwehmann und Reservist, der sein Geschäft „im Dienste des Königs“ vernachlässigt, seinen Erwerb ganz oder theilweise verlor, und als „Entschädigung“ vom „dankbaren Vaterland“ einen länglichen Borchus erhalten hat, wird angesprochen, wenn er ihn nicht zurückzahlt; und dabei sind die Staatskassen zum Bersten gefüllt, und die Bismarcke, Mollke und Compagnie wissen nicht wohin mit den Schätzen, die ihnen der goldene Dotationsregen in den Schooß gegossen! Ja, Ihre Herren Landwehrlente und Reservisten, wenn der Exekutor Euch Euren Hausrath abspändet und Euer „Daheim“ zerstört, dann denkt: es war doch eine große Ehre und sehr ruhmvoll, die „Eurer Beleidigung“, die Euren König — nicht widerfahren ist, rächen zu dürfen; Ruhm und Ehre sind mehr werth als ein warmer Winterrock oder ein Kleiderhaken — namentlich wenn man keine Kleider hat. — Und — daß die politischen „Gründer“, gleich den sonstigen Gründern, den Ruhm abschöpfen, und obendrein auch die Milch austrinken, dem guten Plebs das Zusehen und — Bezahlen überlassen — nun das ist ja göttliche und bislang auch menschliche Ordnung der Dinge. Also, laßt Euch geduldig pfänden, trälert den Pariser Einzugsmarsch und singt vor der leeren Schüssel abwechselnd: „Freund, ich bin zufrieden!“ Und: „Ich bin ein Preuße, kennst Du meine Farben?“ Das einige Deutschland. In Berliner Blättern lesen wir:

„Das Kammergericht (in Berlin) hat in der zweiten Instanz eines Bagatelprozesses die Frage, ob Leipzig in strafrechtlicher Beziehung als Ausland zu betrachten sei, im bejahenden Sinne entschieden.“ Eine prächtigere Persiflage (Verspottung) der „Deutschen Einheit“ hätten die „Richter in Berlin“ nicht zu Wege bringen können, wenn Jedem von ihnen der Adlerorden erster Klasse dafür versprochen worden wäre.“ —

Fahnenpflichtige Flüchtlinge: Aus der Provinz Posen berichten die Blätter: „Begen unerlaubten Verlassens der preussischen Lande, um sich dadurch der Militärpflicht zu entziehen, verfolgt das Kreisgericht zu Bongrowitz staatsbrechlich 14 Landwehrmänner, von denen jeder zu 25 Thlrn. Geldbuße resp. 14 Tagen Gefängniß verurtheilt ist, während das Kreisgericht zu Posen 22 militärpflichtige Personen auffordert, sich spätestens bis zum 17. Dezember zu stellen, widrigenfalls sie in contumaciam verurtheilt werden. — Wegen Desertion von der Fahne werden drei in unserer Provinz gebürtige Individuen staatsbrechlich verfolgt.“ —

„Nimmer langsam voran, u. s. w.“, damit die österreichische Landwehr nachkommen kann.“ Durch den Giskra-Standal mit der Lemberg-Gzernowitzer Eisenbahn werden wir an jenes Spottgedicht erinnert, und Destréich verdient in der That den Spott der Welt in reichlichem Maße. Das, was die Regierung jetzt über jene Standalgeschichten „enthüllt“ hat, weiß man nämlich schon seit 2 1/2 Jahren. Wir schlagen den „Volkskurat“ vom 2. Juli 1870 nach und finden daselbst in der „Politischen Uebersicht“ (Spalte 3) folgendes:

„Von Herrn Giskra, dem Hauptheben des „Bürgerministeriums“, behaupten verschiedene Blätter, ohne daß sie bisher deshalb verklagt worden wären, er habe von der Aktiengesellschaft der Lemberg-Gzernowitzer Bahn ein — Schweiggeld von 170,000 Gulden erhalten. Besagte Bahn ist nämlich miserabel gebaut, und Herr Giskra soll eine Untersuchung derselben nicht nur hintertrieben, sondern auch die Fortsetzung der Bahn nach Rumänien befürwortet haben. Ein Dementi, wie gesagt, ist bisher noch nicht erfolgt, wohl aber hat auf dieser Eisenbahn wegen mangelhafter Konstruktion in den letzten Tagen ein schweres „Unglück“ stattgefunden.“

Wir wissen zwar heute nicht mehr, auf welches Blatt hauptsächlich wir uns bei Abfassung jener Notiz gestützt haben, glauben aber jedenfalls, daß es ein österreichisches Blatt war, vielleicht der „Oesterreichische Oekonomist“, der sich damals durch verschiedene derartige „Enthüllungen“ einen bedeutenden Namen machte. —

Als 1866 Oesterreich aus dem Verbande mit Deutschland scheiden mußte, fanden unsere „Nationalen“ dies namentlich aus dem Grunde gerechtfertigt, daß das Habsburgische Reich die verschiedensten Nationalitäten in sich berge, welche nicht in das rein nationale Gefüge der deutschen Einheit passen. Nun trifft es sich aber, daß das von den Hohenzollern gegründete neue deutsche Reich an Vielsprachigkeit der habsburgischen Monarchie bedeutende Konkurrenz zu machen beginnt. Der preussische Kriegsminister mußte jüngst anordnen, daß die sogenannten „Kriegsartikel“, welche zum obligaten Studium der Soldaten bestimmt sind, durch „bewährte Uebersetzer“ in das Polnische, Dänische und Französische zu übersetzen seien, damit diejenigen uniformirten Söhne des Vaterlandes, welche kein Wort deutsch verstehen, sich nicht mit Unentnug entschuldigen können. Polen, Franzosen und Dänen müssen also in Frau Germania ihre neue Stammesmutter erblicken und Papa Arndt würde heute in Verlegenheit kommen, wenn man ihm sein: „soweit die deutsche Zunge klingt!“ vorhalten wollte. Er könnte am Ende wegen Nichtanerkennung der deutschen Grenzen unter die Landesverräter verfest werden.

(Frankfurter Beobachter.)

Von Montag bis Mittwoch war in Durham in England eine Konferenz der „nationalen Bergarbeiterassoziation“ veranlaßt. Die Verhandlungen drehten sich ausschließlich um Organisationsfragen und um die Agitation zur Erringung von Schutzmaßregeln gegen Berührung und gegen gewissenlose Ausbeutung. In Bezug auf letzteren Punkt machte sich leider noch eine ziemliche Naivität geltend, indem man auf das Parlament Hoffnungen setzte. Von größerer Wichtigkeit als die Verhandlungen, ist für uns die Thatsache, daß auf der Konferenz der erst seit 1863, also noch nicht volle 10 Jahre bestehenden Assoziation durch 26 Delegirte 86,871 — wir schreiben sechsundachtzigtausendacht-hundertsechzigtausendachtzig Mitglieder, und zwar regelmäßig zahlende Mitglieder vertreten waren. Das nennt man Organisation! Und wohlgerneht: in dieser Assoziation sind nicht sämtliche englische Bergarbeiter-Gewerkschaften einbezogen! Ihr deutschen Arbeiter im Allgemeinen, und Ihr deutschen Bergarbeiter im Besonderen, seuet Euch dieses Beispiel nicht zur Nachahmung an? —

An die Wähler des 17. Reichstagswahlbezirks.

Glauchau, 25. November. Bürger und Arbeiter! Wol längst hat man auf ein Lebenszeichen von uns gewartet, wir halten es aber erst jetzt an der Zeit, obgleich wir schon längst konstituiert, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Ohne Zweifel ist wol Allen bekannt, welchen Umständen wir die nächste Reichstagswahl zuschreiben haben; der in allen Gauen Deutschlands, ja in der ganzen Kulturwelt bekannte Hochverrathsprozess ist die Ursache, daß wir nächstens wieder zur Wahlurne schreiben müssen. Ein Geschworenen-Gericht, um dessen Erlangung man sich in den 40er Jahren blutige Kämpfe schlug, sprach das Schuldig auch über unseren Reichstagsabgeordneten Bürger August Bebel aus. —

Noch Keiner aus dem Volke hatte vor kompetenter Stelle die Gebrechen der Gesellschaft in politisch-sozialer Beziehung so unerschrocken und ungeschminkt aufgedeckt, wie gerade unser Vertreter, und wenigen Freiheitskämpfern war und ist es gegeben, wie ihm, noch bei der Vertheidigung für seine Prinzipien, die der Freiheit, Gleichheit und Brüderliebe einzutreten. Das Schuldig wurde gesprochen von Bourgeois-Aristokraten, welchen der Kampf galt und gelten wird so lange Bevorrückung und Knechtung nicht aufhören.

Durch ein zweites Schuldig wurde unserm Bebel auch das von uns übertragene Mandat der Vertretung im deutschen Reichstage aberkannt und so stehen wir am Vorabend einer Neuwahl!

Bürger und Arbeiter! Wir sind überzeugt, daß in allen Kreisen des 17. Reichstagswahlbezirks dieselbe einstimmige Meinung über die Wiederwahl Bebels herrscht, wie im Centralwahlkomitee. Wir sind ferner überzeugt, daß sich alle Wähler Bebels der doppelten Pflichten bewußt sind, die sie ihm als Verfechter des Prinzips der Menschlichkeit und als Familienvater schuldig sind. Es kann nur die eine Meinung herrschen: durch einmüthige Wiederwahl Bebels zu antworten auf das Urtheil der Herren Geschworenen, als daß er aus seiner Festungshaft zu befreien zum Wohle

seiner Familie und zum Nutzen der Partei, der er das beliebteste Element, der beliebte Sprecher ist.

Wir glauben nicht, daß sich dieses Mal ein Gegenkandidat finden wird, welcher sich dazu herbeiläßt, unsern wegen vermeintlichen politischen Bergehens zu Festungshaft Verurtheilten gegenüber aufzutreten, indem wir auch den Gegnern so viel Pietät zutragen; und doch bedarf es dies Mal der größten Energie. Es handelt sich nicht nur um die Wiederwahl Bebels, die zweifellos ist — man will uns zwar plausibel machen, die Wiederwahl Bebels sei nutzlos, doch wir lassen uns nicht verblüffen — sondern es handelt sich aus vorerwähnten Gründen um eine Massenwahl und Massenabstimmung.

Wir müssen zeigen, daß wir Willen haben und daß unser Wille nicht ein aufloderndes Feuer ist, sondern auf innerster Ueberzeugung fußt. Deshalb soll auch dies Mal Keiner veräumen, seine Stimme unserm Bürger August Bebel zu geben, dem ein Herz in der Brust schlägt für die unterdrückte Menschheit. Keiner aus dem Bürgerthum, welches zum Spielball unerer modernen kapitalistischen Produktion geworden; keiner der arbeitenden Proletarier, für deren sittliches und materielles Wohl unser Bebel unerschrocken gekämpft und jetzt zu leiden hat.

Bürger und Arbeiter, Wähler des 17. Wahlbezirks! Unser Kandidat ist Festungszugangener in Hubertsburg. Wir rufen Euch dieses ins Gedächtniß, mit der festen Zuversicht, daß Ihr bei herantretender Wahl Mann an Mann an der Wahlurne erschein und Eure Stimmzettel mit dem Namen August Bebel auf Hubertsburg abgibt. In der Erwartung, daß sich Keiner durch irgend welche vorkommende Machinationen der Feinde der Arbeiter und der Menschheit irre machen läßt, sehen wir der Entscheidung ruhig entgegen und zeichnen mit Brudergruß und Handschlag

Das alle Centralwahlkomitee des 17. Reichstagswahlbezirks.

Auf vorstehenden Aufruf Bezug nehmend, fordern wir alle wahlfähigen Personen des 17. Reichstagswahlbezirks auf, ja nicht zu verabsäumen, nach Auslegung der Reichstagswahllisten von Seiten der Gemeindebehörden in denselben nachzusehen oder durch vertraute Bürger nachsehen zu lassen, ob nicht ein Name übersehen sei, damit uns nicht Eine Stimme verloren gehe.

Ferner fordern wir die Genossen allerorts im 17. Wahlbezirk auf, Lokalwahlkomitee zu gründen und durch ihren Vorsitzenden mit uns in Verbindung zu treten, sowie die Namen derselben uns umgehend anzuzeigen. Alle Briefe und Geldsendungen sind zu richten an H. Albert, Glauchau, äußere Chemnitzstraße. Alle Lokalkomitee ersuchen wir, nicht vereinzelt und ohne unser Wissen Schritte von Bedeutung zu thun, und etwaige Gelder zu Rathe zu halten.

Glauchau, den 25. November 1872.

Das Centralwahlkomitee für den 17. Wahlbezirk.

Die Lage der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

Die gegenwärtige Krise — der nutzlose und thörichte Kampf, welcher nun schon drei Jahre, bald stärker, bald schwächer unter den beiden sozial-demokratischen Fraktionen respektive deren Führern gewüthet, sollte doch jeden äitern und besonnenen Parteigenossen zum Nachdenken veranlassen. Vor allen Dingen muß diesem Schauspiel, welches schon seit Jahren zum größten Gaudium unserer gemeinschaftlichen Gegner die Ausbreitung der Partei hemmt, von der einen oder der andern Seite ein Ende gemacht werden. Es ist nun nicht zu erwarten, daß dies von den jetzigen Führern und Leitern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins resp. ihres Organ, dem „Neuen Sozial-Demokrat“ geschehen wird. Der Aufruf der Kontrollkommission an die Parteigenossen in Nr. 93, welcher dem Ausschuß der Partei eine immer von Neuem ausstehende Veröhnung empfiehlt, wird so lange eine Illusion bleiben, als sich die jetzigen Führer an der Spitze des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins resp. dem „Neuen Sozial-Demokrat“ befinden; und diese so wie ihreöglichen werden wohl, wie es den Anschein hat, nicht eher zurücktreten oder die Angriffe einstellen, als bis dieselben mit Tode abgehen.

Die alten Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, welche die Stürme von 1869 mit durchgemacht haben, mögen wohl, soweit dieselben Männer von Charakter sind, schon oft zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß, wenn auch keine vollständige Verschmelzung beider Fraktionen, dennoch ein friedliches Zusammengehen, nach vorheriger Einstellung der gehässigen Anfeindungen, möglich sei. Aber in falscher Scham wollen sie dies nicht offen und ehrlich eingestehen, trotz auf die Festigkeit ihrer Organisation und die Unfehlbarkeit ihrer Lehre, wie sie ihren Anhängern nicht müde werden täglich und stündlich vorzupredigen; und von dem Fanatismus der Massen getragen, verfallen sie selbst immer tiefer, gleich den orthodoxen Pfaffen, in den Sumpf des Personenkultus. Welchen Standpunkt soll die sozial-demokratische Partei diesem Treiben gegenüber behaupten? Der Arbeitertag am 17. November d. J. in München hat sich bei einer Revision der Rätekongressanträge eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Resultat gelangt, daß vor allen Dingen eine Kräftigung unserer Organisation dringend Noth thut. (Der Partei-Ausschuß wird die Mitgliedschaften von den dort gesagten Beschlüssen in Kenntniß setzen.) Sodann soll dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein resp. dem „Neuen Sozial-Demokrat“ gegenüber durch den Ausschuß der Partei, und zwar vom 1. Jan. 1873 an dreimal hintereinander (im Anfang jedes Monats einmal) an der Spitze unseres Parteiorgans eine letzte Erwiderung resp. Abfertigung gegeben werden und von der Stunde an die Angriffe des „Neuen“ ignoriert bleiben. — Mögen die Schreiber des „Neuen“ fortan so viel verleumben und schimpfen wie sie nur wollen. Jeder Unparteiische wird in kurzer Zeit den Börsenfuß der Arbeiter Deutschlands kennen lernen und ihn nach seinem Treiben beurtheilen.

An den Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aber liegt es, sich nicht der Kampf- oder Agitationsweise des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sondern seiner weise einheitlichen Organisation zu bemächtigen. — Verhehlen wir es und nicht, manches bleibt in diesem Punkte zu wünschen übrig. Eine Unterordnung der persönlichen und lokalen Interessen unter das große Gesamtinteresse der Partei ist sehr wenig bemerkbar. Man glaubt sehr häufig dem demokratischen Geist oder Prinzip etwas zu vergeben, wenn man der eignen Ansicht und Meinung einmal zu Gunsten der Gesamtheit ein Opfer bringen muß, und ist sofort bereit über Diktatur, Beschränkung der persönlichen Freiheit u. s. w. zu lamentieren.

Ein innigerer Zusammenhang der gesammten Mitglieder der Partei muß geschaffen werden, die Vertrauensmänner müssen gleich dem Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in jedem Orte (sowie der Ausschuß unserer Partei) bestrebt sein, durch rastlosen Fleiß in der Agitation der Partei neue Mitgliedschaften zu erwerben, und niemals untereinander den großen Gesamtbestand außer Augen verlieren. Zu diesem Zwecke ist die Abhaltung von

Arbeiter tagen ein geeignetes Mittel, den Geist der Solidarität immer mehr zu befestigen. Überzeugen die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei die Worte Lassalle's: „Wehe der Demokratie, wenn sie ic. ic.“, so folgt von selbst die Unterordnung der persönlichen Interessen unter das Gesamtinteresse. Und geschieht das, dann gehört die Zukunft ihnen! Wenn nicht, — nun so tritt gewiß das Gegenteil ein! —

München, den 22. November 1872.

Ein alter Parteigenosse.

Offener Brief an die Lassalleaner (nicht Schweizeraner) und Mitglieder des Lassalle'schen Arbeitervereins.

Werthe Freunde! Die Begebenheiten, welche sich seit längerer Zeit ereignet haben, drängen mich, einige Worte an Euch zu richten, und meine Meinungen sowie Erfahrungen offen auszusprechen, um dadurch so viel als möglich zur uns so sehr benötigten, aufrichtigsten und wohlgemeintesten Einigkeit beizutragen. Nicht im entferntesten liegt in mir der Gedanke, Euch, die Verehrer Lassalle's, einer anderen Partei, Bebel, Liebknecht oder wie die Namen auch heißen mögen, zuzuführen. Unsere Aufgabe besteht darin, daß allgemeine Wohl der ganzen Menschheit herbeizuführen. Lassalle, Engels, Marx, Bebel ic., wie auch dieselben heißen mögen, sie sind (und damit bin ich ganz einverstanden) ein und derselben Meinung, daß dies nicht anders herbeigeführt wird als durch das Proletariat, und zwar durch das Proletariat aller Länder und Völker, denn, unsere Feinde, die Barbaren, welche dem Ruin ihrer Nebenmenschen, ihre, der Menschheit unwürdige Existenz verdanken und durch alle möglichen tyranischen Mittel zu erhalten suchen, diese wohnen nicht bloß an der Donau und am Rhein! Ebenso wohnt auch nicht die unterdrückte, mit den schwersten Ketten beladene Menschheit bloß in Deutschland! Nein, sie sind über den ganzen Erdbreis verbreitet, und wer jetzt noch von Nationalitäten und Religiositäten spricht, der gehört als Zugabe zu den 600,000 Lumpen, welche Lassalle in seiner Rede hier auf Sanssouci „die Feste, die Presse ic.“, das Pfaffenhum des 19. Jahrhunderts nannte. Auf zwei Punkte machte Lassalle uns Arbeiter vorzüglich aufmerksam, nämlich auf die Reden der Bevollmächtigten, indem er sagte, „sie dürften keine Beitreter sein“, und auf die Verläumdung, die er eine Großmacht nannte, und die man nicht genug geißeln kann. Das haben sich Herr J. V. v. Sch. und seine Anhänger gemerkt und bilden durch ihr Schimpfen und Verläumdungen jetzt eine wirkliche Großmacht, mächtig genug sich dünkend, uns Arbeiter zu zersplittern, Zwietracht und Haß zu verbreiten, und dadurch uns unseren Unterdrückern zu überliefern, da wir ohnmächtig gemacht sind. Hierüber ein Beispiel des Herrn Hasselmann. Derselbe erklärte in einer Arbeiterversammlung, Bebel sei nicht einmal würdig, dem Herrn Dr. J. V. v. Sch. die Kleinen seiner Schutze zu lösen. Gut Herr Hasselmann. Sie halten sich für würdig, ein getreuer Diener des Herrn v. Sch. zu sein, behalten Sie nur diese Würde, Sie sind aber gerade dadurch nicht mehr würdig, mit einem Arbeiter zu sprechen, weil Sie würdig sind, einem Manne zu dienen, der den Arbeitern ihre materiellen Mittel verschlingt, um dieselben ohnmächtig zu machen. Herr Hasselmann schimpft weiter, indem derselbe glaubt, anstatt vernünftige, denkende Menschen, nur der Verunft berandte Wesen vor sich zu haben, wie dies auch so häufig leider der Fall ist. Er behauptet, das Eisenacher Programm führe die Arbeiter machtlos ihrem Feinde entgegen, der sie dann niedermetzelt. Auch hier, Herr Hasselmann, ist gerade das Gegenteil wahr. Das Programm Schweiger's und Konforten that dies, und zwar mit wohlüberlegter List im Dienste der Arbeiterunterdrücker, denn als Lassalle den Verein gründete und die dadurch geschaffene materielle Macht nur auf ungefähr veranschlagte, sagte derselbe, das wäre eine Macht. Läßt sich etwas gemeinschaftlicheres denken, als die armen Arbeiter um ihre zusammengesprockelte Macht zu betrügen? Ein Jude, wie man sagt, verrieth seinen Herrn um Geld, aber es gereute ihn und er erhängte sich. Ganz anders mit Schweiger und seinen Kreaturen. Diese sind handwerksmäßige Verräther; sie scheeren und rupfen die Arbeiter so lange und so gut es geht. Meine werthen Freunde, Anhänger Lassalle's! Besiehet Euch mit scharfem Blick Eure Führer, wendet den Verräthern und Verläumdern, welche ihr als solche kennen gelernt, mit wohlverdienter Verachtung den Rücken, und sorgt nach Kräften für ein inniges Vorgehen gegen unsere Feinde. Der Wege kann es mehrere geben, aber unser Ziel kann nur eines sein: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

D. K.

Der allgemeine deutsche Schuhmacherkongress.

Genannter Kongress tagte in den Tagen vom 17.—21. v. Mts. in Berlin, seinen Einberufen wurde, wie bekannt, vielfaches Mißtrauen entgegengebracht, das durch das selbstständige Vorgehen ohne Rücksichtnahme auf die schon bestehenden Organisationen, das hartnäckige Festhalten an Berlin als Kongressort und die bekannte Äußerung des Herrn Aurin gegen die „Internationalen“ nur bestärkt wurde. Nicht minder mochte das Verfahren des Tischlerkongresses dazu beigetragen haben, Viele kopfschüttelnd zu machen. Allein jetzt, wo uns die Resultate des Schuhmacherkongresses in den ausführlichen Berichten der „Demokratischen Zeitung“ vorliegen, sehen wir und veranlaßt, rückhaltlos anzuerkennen, daß die Befürchtungen unbegründet waren, und daß der Kongress einen Verlauf genommen hat, der sowohl den Einberufenen, wie den Theilnehmern zur höchsten Ehre gereicht. Speziell haben die Einberufer, die Herren Armbrorst und Aurin, alles aufgeboten, den Kongress einem gedeihlichen Resultat anzuführen, und haben keinen Anstand genommen, die ihnen angebotene Wahl in den Ausschuss entschieden abzulehnen. Stehen wir nicht an, bezugenes Unrecht an den Genannten offen einzugehen, dann wollen wir jetzt nicht minder anstehen, unsere Genossinnen und insbesondere die Verwaltung und Mitglieder der internationalen Schuhmachergewerkschaft zu veranlassen, sich mit dem neugegründeten „Allgemeinen Schuhmacherverein“ in ein freundliches Verhältnis zu stellen, hoffend, daß daraus in Kürze die allgemeine Vereinigung erfolge.

Nachdem wir dieses vorausgeschickt, lassen wir nach der „Demokratischen Zeitung“ einen kurzen Bericht über den Kongress folgen. Derselbe wurde Sonntag, den 17. November, Vormittags im Saale des Handwerkervereins durch eine Ansprache des Herrn Aurin eröffnet. Anwesend waren 42 Delegirte, welche 84 Mandate mit 12,790 Stimmen vertraten. Zunächst wurde die Mandatprüfungscommission gewählt; sie bestand aus den Herren: Bor (Bromberg), Schulz (Hannover), Wegner (Berlin), Mädde (Koslow) und Schneider (Frankfurt a. M.). Das Lokalcomité übernahm für einweilen die provisorische Leitung der Verhandlungen. Hierauf wurde die Generaldebatte eröffnet, welche bis Montag Mittag währte und an welcher sich theilnahmen: Bisk, Schulz, Wenner, Armbrorst (Berlin), Siegemann (Erlang), Dottlehm (Frankfurt a. M.), Heil (Weissenfeld), Bor (Bromberg), Heidner (Wangen), Kleppke

(Potsdam), Schnurre (Magdeburg), v. d. Linde (Berlin), Zielowsky (Berlin), Aurin (Berlin), Schmitz (Aberseben), Willow (Koslin), Berberg (Berlin), Jhl (Pegnitz), Messerschmidt (Göttingen), Boigt (Straßburg), Maunz (Danzig). Fast alle Redner betonten die Nothwendigkeit der Herabhaltung aller Parteifreigieit und einer einheitlichen Organisation. Die Meister organisiren sich überall gegen die Gehilfen, letztere müssen das Gleiche thun.

Erster Punkt der Tagesordnung ist: „die Lohnverhältnisse und die Strikes“. Auf Antrag von Bult (Berlin) beschließt der Kongress nach langer Debatte: I. „Ein Strike ist gerechtfertigt, wenn seine Verständigung behufs Aufbesserung der allgemein schlechten Löhne erzielt wird“. Auf Armbrorst's Antrag II: Der zukünftige Vorstand hat einen Musterlohntarif für alle Provinzen anzuarbeiten. Betreffs des zweiten Punktes der Tagesordnung: „der Normalarbeitstag und die Sonntagsarbeit“ wurde beschlossen auf Antrag von Armbrorst: „der Kongress empfiehlt allen Kollegen, durch Agitation dahin zu wirken: eine möglichst kurze Arbeitszeit und gänzliche Beseitigung der Sonntagsarbeit einzuführen“. Auf Antrag Zielowsky's: Der Kongress erklärt die Fortsetzung eines Normalarbeitstages für nothwendig, damit die Großindustrie den Schuhmacher in Zukunft nicht als Waare ausbeuten kann. — Nachdem Wegner im Namen der Mandatprüfungscommission Bericht erstattet und sein Antrag, alle Mandate für gültig zu erklären, angenommen war, wurde Montag Abend 6 Uhr die Sitzung geschlossen.

Dienstag, Morgens 9 Uhr, wurde dieselbe wieder eröffnet. Bei Constituirung des Bureaus wurden gewählt: Aurin zum ersten, Armbrorst zum zweiten Vorsitzenden, Fodele (Berlin) zum ersten, Schnurre (Magdeburg) zum zweiten Schriftführer. Die Debatte drehte sich um den Punkt: „die frühzeitige eintretende Schwindsucht und die kurze Lebensdauer der Schuhmacher“. Auf Antrag Armbrorst's erklärte der Kongress: „die Schuhmacher liefern erwiehlenermaßen mit das größte Kontingent zu den Brustkranken, fast vier Fünftel der Kranken sterben daran. Die lange Arbeitszeit, schlechte Nahrung und Wohnung und der schon von den Eltern geerbte Krankheitskeim sind die Ursachen hiervon“. Auf Antrag Zielowsky's: „der Kongress erklärt, das frühzeitige Absterben resp. Erkranken der Schuhmacher ist eine Folge des zu geringen Verdienstes und der zu langen Arbeitszeit. Es ist daher Pflicht eines Jeden, dahin zu streben, durch feste Organisation diesen Uebelständen einen Damm entgegenzusetzen“. Zum vierten Punkt der Tagesordnung: „die Zwangs-Krankenanstalten und Gründung von freien Krankenanstalten wurde beschlossen“. 1) Auf Antrag von Armbrorst: „der Kongress empfiehlt den Kollegen aller Orten die Gründung von freien Krankenanstalten und beauftragt den neuen Vorstand, ein Musterstatut zu diesem Behufe auszuarbeiten und dasselbe auf Wunsch überall hin zu versenden“. 2) Auf Antrag von Schulz (Berlin) und Stange (Bremen): „der Kongress verpflichtet alle Kollegen, überall freie Krankenanstalten zu gründen und dieselben mit Arbeitsnachweisbureau zu versehen“. Auf Antrag von Armbrorst wurde zum fünften Punkte der Tagesordnung folgendes beschlossen: „der Kongress verpflichtet die Kollegen aller Orten Arbeitsnachweisbureau, die sich in den Händen der Arbeiter befinden, zu errichten. Die Delegirten mögen überall dafür agitiren“. Der sechste Punkt betraf das „Lehrlingswesen“. Es kamen folgende Resolutionen zur Annahme: 1) von Zielowsky: „die Delegirten des Kongresses verpflichten sich, durch Einberufung öffentlicher Versammlungen und in der Presse auf die Mißstände im Schuhmachergewerbe, insbesondere auf das Lehrlingswesen aufmerksam zu machen, um so dem letzteren zu stoen“. 2) Von Pisch, Wenner und Aurin: „der Kongress macht es allen Berufsgenossen zur dringendsten Pflicht, auf die körperliche Pflege der Gehilfen und Lehrlinge die größte Sorgfalt zu verwenden. Vor allen Dingen ist dazu erforderlich: Bewegung in freier Luft, genügende körperliche Nahrung und Verlängerung der Arbeitszeit. Ferner das höchst schädliche Sitzen im Schuhmachergewerbe abzuschaffen und die Steharbeit einzuführen. Für die geistige Fortbildung der Lehrlinge auf alle Weise zu sorgen; alle Eltern und Vormünder davor zu warnen, ihre Kinder resp. Pflanzgehilfen das Schuhmachergewerbe erlernen zu lassen“.

Der Antrag auf Gründung eines „Schuhmachergesellen-Vereins“ wurde von allen Rednern mit Freuden begrüßt. Es wurde bemerkt, daß von diesem Vereine jede Politik fern gehalten werden müsse, um so jedem ohne Parteunterschied Gelegenheit zu geben, dem Verein beizutreten. Auch dürfe sich derselbe — so führten alle Redner aus — in keine nationalen Grenzen zwingen. Es gelangten folgende Resolutionen zur Annahme: 1. Antrag des Herrn Armbrorst: „Der Kongress beschließt die Gründung eines allgemeinen (nicht deutschen) Schuhmachervereins. Die Kollegen allerorts werden aufgefordert, demselben beizutreten. Politik muß vom Vereine fern gehalten werden.“ 2. Antrag des Herrn Aurin (Berlin): „Der Verein darf sich nach keiner politischen Parteischattirung hinüberziehen lassen.“ — Herr Wegner (Berlin) stimmte gegen letzteren Antrag, indem er denselben für überflüssig erklärte. Vertagung des Kongresses gegen 7 1/2 Uhr Abends. (Schluß folgt.)

Leipzig. Der Kongress der deutschen Cigarrenarbeiter, der vom 23.—26. November währte, war von 19 Delegirten besucht, die zusammen 4187 Mandanten vertraten. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: 1) „Der Kongress erklärt, die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter in einer starken politischen Organisation ist die Grundbedingung der Einigkeit in den Korporationen“. 2) Die Veranlassung der Zersplitterung der Cigarrenarbeiter ist durch die Trennung vom Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungs-Verein entstanden. Durch den Beitritt zum deutschen Tabakarbeiter-Verein erblickt der Kongress die Grundlage zur Vereinigung der Korporation, um in derselben den Sozialismus zu vertreten. Der deutsche Tabakarbeiter-Verein möge mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungs-Verein in Verbindung treten.“ 3) „Der Kongress erklärt, unabhängig von den Beschlüssen des Fabrikantenvereins, jede indirekte Steuer als eine Ungerechtheit gegen die Arbeiter und darum die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer für verwerflich. Es würde diese Steuererhöhung speziell Tausende von Arbeitern brodlos machen, weil dieser Industriezweig dadurch schwer geschädigt würde und eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Normalarbeitstage durch die jetzigen Faktoren der Gesetzgebung vorerst nicht zu erwarten sei.“ (Die Arbeiter aller Orten werden aufgefordert, in öffentlichen Versammlungen sich diesem Protest anzuschließen.) 4) Der Kongress erkennt die erste Aushaltung zur Vereinigung der politischen Arbeiterpartei darin, daß die Organe beider Fraktionen aufhören sich zu bekämpfen, hingegen durch die Erweckung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit das Andenken Lassalle's zu ehren. Der Kongress drückt den Wunsch aus, daß diese Beschlüsse in den drei Arbeiterorganen „Neuer Sozialdemokrat“, „Volkstaat“ und „Votischer“ veröffentlicht würden.

Der Geist des Kongresses, trotzdem mehrere Fraktionen vertreten waren, war ein verfühlicher zu nennen, und ist daraus

zu schließen, daß alle Arbeiter den Frieden und die Vereinigung aller politischen Arbeiterfraktionen wünschen. Möge darnach überall in dem Sinne der Vereinigung gehandelt werden, wie es am dem Leipziger Cigarrenarbeiter-Kongress geschehen ist, und die Feindseligkeiten und Zersplitterung müssen dem Geist des Friedens und der Eintracht weichen. (In dem Bericht der vorigen Nummer hat sich ein unliebsamer Fehler eingeschlichen. Es ist da gesagt, daß Großkopf aus Berlin Frische vertreten habe, das ist aber nicht der Fall; Großkopf vertrat vielmehr 28 Berliner Kollegen.)

Friedrich Geier, erster Schriftführer.
Georg Winter, August Zwickler.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Altona, 23. Nov. An der Stelle der aufgelösten Mitgliedschaft in Altona Sektionsstempel Nr. 39 errichtet. Die Mitglieder, die ihr Anrecht an die Hauptkasse sich sichern wollen, werden nicht nur ohne Eintrittsgeld aufgenommen, sondern treten gleich als Vollberechtigte Mitglieder bei, sobald sie und zwar innerhalb 14 Tagen ihre Steuern an die mitunterzeichneten Kassirer weiter zahlen. Wer nach Ablauf dieser Frist sich nicht zum Wiedereintritt gemeldet hat, ist seines Anrechtes an die Hauptkasse verlustig. Die Gewerkschaftsversammlungen finden jeden Sonnabend Abends 9 Uhr im Schuhmacher-Anthause, Gr. Bergstr., statt. Unser Fremdenverkehr ist ebendajelbst. Der Arbeitsnachweis wird ebenfalls von uns geregelt.

Der Ausschuss:

Th. Jork, Vorsitzender. H. Somann, Hauptkassirer.
H. Rinke, Sektionskassirer.

Zur Beachtung. Das Reisegeld wird in Altona nicht mehr Rorderstr., sondern auf dem Schuhmacher-Anthause, Gr. Bergstr., ausbezahlt. Wir empfehlen dies Lokal allen hier zugereisten Mitgliedern ganz besonders.

Altona, den 23. Nov. 1872.
Der Ausschuss der Gewerkschaft: Th. Jork, Vorsitzender.
Frdr. Lenz, Bevollm.

Berlin, 17. Nov. Den Strike der Berliner Böttcher-Gesellen, der am 1. Oktober ausbrach, erklären wir hiermit für beendet. Die Bayerisch-Vierbrauereien und einige Meister hatten in der ersten Woche der Arbeits einstellen gleich den von den Gesellen geforderten Lohn bewilligt, während diejenigen Gesellen, welche in Spiritus- und Spiritusfabriken arbeiteten, fünf Wochen die Arbeit einstellen mußten, bevor die betreffenden Herren Meister mit den Gesellen in Unterhandlungen traten. Nachdem aber der Borrath der Spirit- und Spiritusfässer ziemlich verbraucht war, kam die Einigung zu Stande; wenn auch nicht der von den Gesellen aufgestellte Tarif in allen Punkten speziell bewilligt ist, so ist doch aber eine wesentliche Lohnerhöhung erzielt, und zwar von 33%, bis 40 pCt. Was aber als größte Hauptsache der Gewerkschaft angesehen werden muß, ist das, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden ist. Wir theilen dies unseren auswärtigen Kollegen und Gewerkschaften, welche zu dem Gelingen unserer Sache so thätig beigetragen haben, freudig mit und sagen hiermit für die uns so reichlich gesessenen Unterstützungen unseren herzlichsten Dank; geben auch gleichzeitig die Versicherung, daß wir im gleichem Maße jedem unserer Kollegen und Gewerkschaften mit Rath und That kräftig zur Seite stehen werden.

Mit Gruß und Handschlag der Vorstand des Berliner Böttcher-Gesellen-Vereins (zur Gewerkschaft der Holzarbeiter gehörend).
J. Schulze, Vorsitzender, Brunnenstraße 39; H. Seeger, Stellvertreter; H. Holst, Schriftführer.

Nachstehend geben wir einen ausführlichen Bericht über sämtliche eingegangenen Unterstützungen, sowie über deren Verwendung. Es gingen ein von: der Pianoforte-Fabrik in Berlin (Waldemarstr.) durch Hartmann Thlr. 2. 15. 6., Landsberg a. d. W. durch Neumann 13. 5 —, Lüneburg durch Lüßen 28 4 6, Oschersleben durch Nagel 2 10 —, Leipzig durch Angermann 10 —, Leipzig durch Winter 52 —, Dortmund durch Schäfer 13 10 —, Breslau durch Mielsch 43 28 —, Posen durch Kusche 20 15 —, Zwickau durch Kame 3 —, Stade durch Wildstadt 2 —, Frankfurt a. d. O. durch Peterdors 7 20 —, Braunschweig durch Fachmeyer 9 15 —, Erfurt durch Rudolf 5 —, Halberstadt durch Lind 6 22 6, Magdeburg durch Vorcht 20 —, Bremen durch Thiele 30 —, Harburg durch Orth 11 —, Hannover durch Fundstein 4 10 —, Berlin durch Reiman 5 —, Berlin durch Auer 5 —, Dresden durch Peters 41 —, Spandan durch Gewerkschaften 1 5 —, Oypeln durch Wehraud 10 15 —, Erling durch Müller 9 15 —, München durch Brandl 20 17 —, Zwickau durch Gewalt 3 15 —, Altona durch Somann 10 —, Berlin durch Bernstein 3 15 —, Sa. Thlr. 394 27 6. — Von der hiesigen Gesellschaft, welche die Arbeit aufgenommen, ist an Unterstützung gezahlt Thlr. 376 7 6. — Bestand der Strike-Kasse war Thlr. 724 —. Sa. Thlr. 1495 5 —. An Unterstützung gezahlt Thlr. 1318 27 6. An Vereinskosten Thlr. 49 27 6, zus. Thlr. 1368 25, bleibt Bestand der Kasse Thlr. 126 10 —.

Correspondenzen.

Berlin, 26. Nov. An die Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. Alle Schuhmacher, welche unserem Rufe zum Schuhmacherkongress gefolgt und sich theils direkt, theils indirekt betheiligt, wie den Herren Delegirten des Allgemeinen Schuhmacherkongresses sagen wir für ihr taktvolles Verhalten auf demselben unsern wärmsten Dank.

Unsere Erwartungen sind weit übertroffen. Mit Stolz können wir auf unser großes Werk blicken und fallen alle Verdächtigungen und Verläumdungen, mit welchen man uns vorher von den verschiedensten Seiten überschüttete, in Nichts zusammen. Der Grundstein ist gelegt; jetzt möge ein Jeder weiter bauen helfen zum Segen des großen Ganzen. Mit Brudergruß
J. Aurin, Königsgraben 15, erster, D. Armbrorst, Markusstraße 35, zweiter Vorsitzender des Allgem. Schuhmacherkongresses.

Berlin, 18. Nov. Soeben kommt mir die Nummer 88 des „Volkstaat“ zu Gesicht, in welcher ich (in der dazu gehörigen Beilage) unter Anderem auch folgenden Satz gefunden habe: „Das ist natürlich eine schamlose Verdrehung unserer Worte. Wo haben wir die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins? Politische Parteien und misleitete Karren“ geschimpft? Wo? Heraus mit den Beweisen. „Neuer! Wir haben gesagt, daß Deine Redakteure, Du „Neuer“, Politische, richtiger Politzeigenten seien, und dabei bleiben wir.“ Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins haben wir ausdrücklich für brave eheliche Arbeiter erklärt.“ Zunächst muß ich die Erwartung aussprechen, daß Sie mich nicht etwa für einen Leiter oder Agitator des Allgemeinen deutschen Ar-

beiterevereins halten, oder etwa als Mitarbeiter am „Neuen Sozialdemokrat“ betrahten. Ich bin einfaches Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und bin als solches auch noch niemals (obwohl ich die Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programms), überall wo ich bis jetzt arbeitete und wo eine solche Partei existierte, stets besuchte) gegen Ihre Partei oder gegen Persönlichkeiten Ihrer Partei aufgetreten; bis ich am Montag, den 4. d. Mts., in einer Versammlung Ihrer Parteimitglieder hier in der Gartenstraße zu Berlin von einem der hervorragendsten Mitglieder Ihrer Partei als Agent der „Staatsanwaltschaft“ und Polizeispion“ (direkt von Herrn Auer ausgesprochen) hingestellt wurde. Es kann mir dies unmöglich bestritten werden, da Herr Auer das in Gegenwart vieler Ihrer Parteimitglieder frei und offen gesagt hat, und warum? weil ich mich vielleicht etwas offen gegen die revolutionären Bestrebungen Ihrer Partei ausgesprochen. Hiermit ist der Beweis geliefert worden, den Sie in Nummer 88 Ihres Blattes, und zwar in jenem Satze, den ich eben anführte, verlangten; wenn auch nicht vom „Neuen Sozialdemokrat“, so doch von einem Mitgliede des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Emil Leffer, Härdergasse.

Forst A. L. Zu Sonntag, den 10. d. Mts., hatte ich von den Niederlausitzer Parteigenossen eine Einladung erhalten, um in einer Versammlung gegen das Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Hörig aus Hamburg als Correferent aufzutreten. Getreu meiner Pflicht reiste ich mit dem ersten Frühzug nach Forst ab. Herr Hörig besprach prinzipiell, wenn auch nicht ganz objektiv, seine Themat: die soziale Frage u. s. w. Zum Schluss ging er von seinem Parteistandpunkte auf die Organisation Ferdinand Lassalle's, die er als die einzig gute bezeichnete, ein. Hierauf wies ich zuerst einige Irrthümer hinsichtlich Lassalle's Auftreten als ersten Kämpfers in der sozialen Frage nach und berief mich auf die Revolution von 1848 und auf das in dem genannten Jahre erschienene kommunistische Manifest von Karl Marx. Auch wies ich nach, daß das allgemeine direkte Wahlrecht kein unfehlbares Mittel sei und betonte besonders, wie wichtig es sei, daß die sozialistischen Organe unter den Arbeitern und namentlich auf dem Lande an Fesseln gewinnen. In weiterer Ausführung verurtheilte ich das Bestreben, einzelne Personen und Konfessionen für unsere schlechten Verhältnisse verantwortlich machen zu wollen. Die Ursache unserer Mißverhältnisse stecke wo anders, und erst mit Beseitigung der Ursachen würden wir die gewünschten Resultate erzielen. Meinen Worten wurde lebhafter Beifall gezollt. Am Montag Abend ging ich zu den Schuhmachern in die Versammlung, die durch das Bemühen des Herrn vom „Allgemeinen Deutschen“ einberufen war, ich gab hier volle Klarheit über den bevorstehenden Schuhmacherkongress unter Beifall. Dienstag Abend hatten die Genossen eine öffentliche Parteiversammlung einberufen, dieselbe hatte einen guten Erfolg für uns. Ich besprach das Ziel der Arbeiterbewegung. Am Mittwoch gedachte ich im Finsterwalder Ortsverein zu sprechen; mein Anerbieten wurde aber unter Hinweis auf das Benehmen des Herrn Kersten vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein nicht angenommen. Auch gibt es zu Volksversammlungen seit Kerstens Auftreten kein Lokal mehr. Ich ging daher mit dem Forster Vertrauensmann Jurek in den „Allgemeinen Deutschen“, dort trieb ein gewisser Arnold gleich einem Dorfschulmeisterlein sein Verdummungsspiel; größeren Blödsinn wie dort habe ich noch nicht vorbringen hören. Ein rohes Geschimpfe auf Alles, was nicht gut Allgemein Deutsch ist, bildete den Hauptgegenstand der Tagesordnung. Arnold versieg sich sogar so weit, als ich zur Einigung in diesem geistigen Kampfe ermahnte, auf Jacobi, Marx u. s. w. zu schimpfen. Von den Mitgliedern zum Sprechen aufgefordert, widerlegte ich unter Beifall seinen ganzen Unsinn. Ich bin gewiß, es wird noch Manchem das Licht der Erkenntniß über kurz oder lang aufgehen. W. Fischer.

Braunschweig, 16. November. Der „Braunschweiger Volksfreund“ schreibt: Heute wurden von uns folgende Kosten und Strafen gezahlt: 1) in der Angelegenheit „Degering“ Strafe 100 Thlr., Kosten 8 Thlr. 2) in der Angelegenheit „v. Rauch“ (Husarenbrief an den Arbeitertag) Strafe 50 Thlr., Kosten 4 Thlr. 3) in der Angelegenheit „Polizeiwirtschaft“ (Artikel in Nr. 198) Strafe 100 Thlr., Kosten 8 Thlr. 4) Kosten der abgewiesenen Nichtigkeitsbeschwerde in der einen Sache wegen des Pflichtexemplars 10 Thlr. Zusammen 280 Thlr. Glatte Rechnung erhält die Freundschaft; darum sind wir in guter Stimmung.

Bensheim, 20. Nov. Versessenen Sonntag, den 17. Nov., tagte in Darmstadt eine Versammlung der verschiedenen Arbeiterkorporationen des Großherzogthums Hessen. Die Veranlassung hierzu war die bevorstehende Landtagswahl und unsere Theilnahme an derselben. Durch Delegirte waren vertreten: Worms mit 1 (Arbeiterbildungsverein), Mainz mit 12, Offenbach (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) mit 1 und Allgemeiner deutscher Arbeiterverein mit 1, Bensheim mit 1, Erbach mit 1, Neu-Heuburg mit 1. Herr Donges aus Darmstadt als Einberufer der Versammlung eröffnete und begründete dieselbe mit dem Ausdruck der Befriedigung. Noch nie habe ich im Großherzogthum Hessen ein solch einziges Zusammengehen der Arbeiter wie bei dieser Gelegenheit gezeigt und er hoffe den besten Erfolg. Herr Dingert aus Darmstadt als Referent eröffnete die Diskussion damit, daß er die Theilnahme der Arbeiter an den Wahlen für zweckmäßig und gut halte; den Vorwurf, der uns von liberaler Seite gemacht werde, wir seien bloß Schreier und beteiligten uns nicht an den Wahlen, könnten wir durch unsere Theilnahme an der Wahl am besten zurückweisen. Herr Donges unterstützt diesen Antrag. Herr Leindeder aus Mainz sprach sich dahin aus, daß das heftige Wahlgesetz noch so reaktionär sei wie ehemals, daß es eines freidenkenden Menschen unwürdig sei, bei diesem Wahlmodus an die Wahlurne zu treten und machte den Vorschlag, einen Aufruf in Form einer Flugschrift an alle Bürger und Arbeiter ergehen zu lassen und ihnen von der Theilnahme an der Wahl abzurathen; dagegen solle man gegen das Wahlgesetz protestiren. Dann, wenn die Arbeiter, als der größte Theil der Bevölkerung, nicht wählen, würde die Regierung einsehen, daß der Landtag durch eine Minorität und nicht durch den Willen des Volkes geschaffen sei. Weiter erklärte Redner, daß das Volk durch dieses reaktionäre Wahlgesetz nichts gewinne, die Steuern nicht vermindern könne und die Arbeiter, welche jetzt zur Wahlurne schritten, würden dieses Wahlgesetz sanktioniren. Mehr Propaganda machten jedoch die Arbeiter der politischen Parteien, wenn sie gegen dieses Wahlgesetz Protest erheben würden. Herr Schäfer aus Worms billigte den Antrag des Herrn Leindeder nicht. Es sei nicht recht, wenn sich der Arbeiter in den Schmollwinkel zurückziehe. Die Arbeiter müßten das Wenige, das ihnen geboten, benutzen, um ihre Lage zu verbessern. Herr Donges stellte hierauf folgenden Antrag: die heutige

Delegirtenversammlung politischer Arbeiterparteien und der organisirten Arbeiterkorporationen möge beschließen: „Die Arbeiter im Großherzogthum Hessen theilnehmen sich an der Landtagswahl aus agitatorischen Gründen, stellen überall, wo Aussicht vorhanden ist, Kandidaten durchzubringen, solche auf; protestiren aber gleichfalls bei jeder Gelegenheit gegen das indirekte Wahlgesetz. Die demokratischen Abgeordneten haben die Aufgabe, sich im großen Ganzen negierend zu verhalten. Vor allem aber über die Köpfe der Abgeordneten hinweg zum heftigen Volke zu sprechen. Sie haben die Redefreiheit in der Ständekammer zu benutzen um fortwährend die Forderungen des Volkes der Regierung gegenüber zu betonen“. Diesem Antrag schlossen sich in der Diskussion die Herren Dingert, Ennes, Cammer und Ehrhart aus Darmstadt, Schäfer und Carl aus Worms und Müller aus Offenbach an. Herr Leindeder zog seinen Antrag in Folge dessen, daß ihm nicht der Vorwurf einer Zerspaltung in dieser Beziehung später gemacht würde, zurück. Bei der Abstimmung waren 9 Delegirte für, 1 gegen den Antrag des Hrn. Donges. Mainz erhielt sich der Abstimmung. (Von jeder Korporation u. s. w. stimmte nur ein Delegirter.) Ueber den Kostenpunkt kam man dahin zur Einigung, daß die Kosten im Allgemeinen, was Porto und dergleichen anbelangt, alle durch Delegirte vertretenen Korporationen u. s. w. zu tilgen hätten. Diejenigen Kosten, welche den einzelnen Orten, in welchen Kandidaten aufgestellt würden, erwachsen, hätten aber letztere zu tragen. Nachdem die Wahl der Kommission zur Organisation der Landtagswahl den Darmstädter Parteigenossen überlassen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Wie ernst es den Arbeitern, trotz der Spaltung von liberaler Seite aus, um die Verbesserung ihrer Lage, und um die Erlangung ihrer Rechte zu thun ist, beweist wol die nahezu 5 Stunden dauernde Diskussion über diesen Punkt. Trotz der getheilten Ansichten wurde ein günstiges Resultat erzielt.

Regensburg, 25. Nov. Der sozial-demokratische Arbeiterverein Regensburgs erklärt sich mit den auf dem Münchener Arbeitertag gefaßten Beschlüssen zwar einverstanden, ist aber im Ganzen weder mit der Einberufung noch mit der Abwiesung der Geschäfte dort zufrieden und ersucht deshalb die Nürnberg'schen Parteigenossen, für den Antrag, zu Weihnachten einen Arbeitertag abzuhalten, bei allen Mitgliedschaften, ob politischer oder gewerkschaftlicher Organisation, recht rege zu agitiren, den Ort des Arbeitertages aber nicht nach Ingolstadt, sondern nach irgend einem anderen Orte, der von allen Seiten per Bahn leicht erreicht werden kann, zu verlegen und auf die Tagesordnung die Gewerkschaftsunion mit anzusetzen.

Leopoldsdorf, 3. Nov. (Zur Charakteristik der Knappschafswahl.) Wie es den Sozialisten allenthalben geht, so auch hier auf Leopoldsdorf: Maßregelungen über Maßregelungen. Die kurbaltische Regierung hat sich hier auf unserm Salzwerk solche Blößen gegeben, daß man nicht Worte genug finden kann, dieselben zu schildern. Hier auf dem Salzwerk Leopoldsdorf mußte unter den Knappschafsmitgliedern ein neuer Vertreter (Knappschafskeltesier) gewählt werden und zwar nach Vorschrift der Statuten nach § 34, wo es heißt, daß alle 6 Jahre ein neuer Vertreter gewählt und acht Tage vor der Wahl den Mitgliedern mehrere Male diese Wahl bekannt gegeben werden müsse. Um nun nicht für einen Sozialdemokraten agitiren zu können, wurde die Wahl nur einen Tag vorher bekannt gemacht, so daß die meisten Arbeiter nicht wußten, was eigentlich geschehen sollte. Aber es hatten sich doch viele Arbeiter zur Wahl eingefunden und es wurden gewählt Gottlob Naumann zum ersten und Friedrich Zwanzig zum zweiten Knappschafskeltesier. Dieselben gingen mit großer Majorität aus der Wahl hervor. Der frühere, Heinrich Kunze, hatte nur wenige Stimmen. Trotzdem wurde eine zweite Wahl vorgenommen. Zur zweiten Wahl wählten die Herren Aufseher zuerst und zwar ihren Kollegen Heinrich Kunze, den „Nachwächter“ der Knappschafskasse. (Dieser Ausdruck ist keine Beleidigung, denn er hatte sich in einer öffentlichen Versammlung in Neundorf selbst als Nachwächter der Knappschafskasse ausgegeben, als ihm die Arbeiter seine Nachlässigkeit als Vertreter des Knappschafsvereins vorwarfen.) Nach den Antrieben kamen die eigentlichen Arbeiter, welche abermals den beiden, Naumann aus Neundorf und Zwanzig aus Staffurt, ihre Stimme gaben. Als nun deren Namen wiederum zum Vorschein kamen, wurde vom Herzoglichen Direktor Wette aus Bernburg unter anderem gesagt, es wäre von der Regierung der Bescheid gekommen, daß die genannten Naumann und Zwanzig als Vertreter der Knappschafsmittelglieder ganz unzulässig wären und im Fall sie wieder gewählt würden, werde die Herzogliche Regierung dieselben doch nicht als Knappschafskeltesier bestätigen. Wir sollten diese Männer nicht wählen, denn es nützte uns doch nichts. Unter Narren wurde diese Mittheilung aufgenommen und die bestimmte Erklärung abgegeben, daß wir uns der Wahl gänzlich enthalten würden, wenn man dieselbe nicht anerkenne. Worauf die Mehrzahl den Saal verließ und nur Etliche, die Speichellecker, zurückblieben.

Dieselben wählten dann wieder den früheren Knappschafskeltesier Heinrich Kunze; derselbe erhielt als erster 21 und Franz Seidel als zweiter noch nicht 20 Stimmen. Diese Wahl soll nun gültig sein! Ein Mann, wie Gottlob Naumann, der sich neun Jahre auf ein und demselben Werke geschunden und geplagt hat, aber nicht für sich, sondern . . . , der in neun Jahren nicht einmal bestraft worden ist, und sich in Folge überanstrengender Arbeit ein Brustübel zugezogen hat, wenn ein solcher Mann nicht werth ist, gewählt zu werden, dann hört Alles auf. Ist das nicht unerhört von einer Regierung, die doch für das Wohl und Wehe und für das Recht jedes Arbeiters streben soll! Aber sie ist nicht allein schuld, sondern es ist Einer unter den Beamten gewesen, der die beiden Arbeiter Naumann und Zwanzig bei der Regierung in Dessau angeschwärzt und sie als Sozialdemokraten gekennzeichnet hat.

So viel für heute. Der herzogliche Knappschafsvorsteher ist nicht Direktor, sondern Kommissar. In dem Schriftstück, welches Naumann und Zwanzig als Vertreter verwirft, heißt es u. A., ihre frühere Vergangenheit wäre nicht angethan, die Knappschaf nach allen Richtungen hin zu vertreten. Also sie sind nach § 36 der Knappschafstatuten an ihrer Ehre angegriffen worden; dieselben werden den Rechtsweg beschreiten müssen, wozu sie schon Schritte gethan haben.

Mit sozial-demokratischem Gruß G. K.
Briefkasten: der Redaktion: Die Adresse des Herrn Ernst Strocker ist: Hannover, Ballhofstraße Nr. 1, bei Herrn Gude. — L. G. in Mainz: Der Bericht befindet sich in voriger Nummer; Ihr Name war ich entstellte;
der Expedition: Wille in Dehringen: Der Kalender ist in 1. Auflage vollständig vergriffen, die 2. Auflage noch im Druck. — Udermann in Schmalfelden, für Schriften 17 Or. 4 Pf. — Dohner in Wismar, für Abonnement 4. Qu. 12 Thlr., für Schriften 3 Thlr. — Heß in Geln: Ihre Annoncen kamen zu spät. — Rittinghausen in Köln: Bitte um

factura über die gesandten Schriften. — Joch in Hannover für Abonnement 3. Qu. 20 Thlr. — Dehne in Breslau für Abonnement 4. Qu. 10 Thlr. — Bedert in Stollberg für Schriften 1 Thlr. 7 Or. — Schulz in Hamburg für Abonnement 4. Qu. 25 Thlr., für Annoncen des Cigarrenarbeiter-Vereins 10 Or. — Metallarbeiter-Gewerkschaft Leipzig für Annonce 17 Or.

Für den Volksstaat.
Som sozial-demokratischen Arbeiterverein Augsburg Schuldschein Nr. 135 zu 5 Thaler gratis jurid.
Die Expedition des Volksstaat.

Anzeigen 2c.
Braunschweig. (Aufforderung.) Ich fordere Herrn Schneider Karl Rübke früher in Braunschweig, jetzt in Bremen, hiermit auf, innerhalb Tagen seiner Verpflichtung gegen mich nachzukommen, wo nicht, werth ich gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen.
Den 24. November 1872.
Otto Müller, Scharnstraße 22, 2 Trepp.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Dienstag, am 3. Dezember, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im früheren Billard-Saale des Stadtbauamtes. Die Tagesordnung besagen die Plakate. Parteigenossen! Es gilt die Ehre der Partei zu wahren, ich erwarte also, daß Jeder pünktlich am Platze ist.
H. Dehne.

Eberfeld. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Mitglieder und Parteifreunde versammeln sich jeden Montag Abend bei Herrn Albert Caspers an der Haspeler-Brücke.

Grüfthal. Allen Freunden, insonderheit allen sozial-demokratischen Parteigenossen von Rath und Fern, welche uns am 10. ds. Mts. zu unserer silbernen Hochzeit mit Geschenken und herzlichen Glückwünschen beehren, sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.
Mit sozial-demokratischem Gruß
Carl Rohne und Frau.

Hamburg. Cessantische Buchbinder-Versammlung. Sonntag, den 1. Dezember 1872, Nachmittags 2 Uhr in Hans Club-Lokal, Schaumburgerstr. Nr. 14. Tagesordnung: Das Programm des Buchbinder-Vereins für Hamburg und Altona.
W. Dehler.

Hamburg. Sozialdemokratische Arbeiterverein. Versammlung am Montag, Abends 9 Uhr, in Eberhans Club-Lokal, Jungfernstadt 31. Tagesordnung: Die Volkswirtschaft und Dr. Emden. Ref.: Praast.

Leipzig. Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 2. Dezember, Sitzung in Arnolds Restauration, Reudnitzerstraße. Tagesordnung: Gewerkschaftsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Leipzig. Section der Glaser. Generalversammlung, Sonnabend, den 30. November, Abends 8 Uhr, bei Hoffig, Gerberstr. Tagesordnung: Wahl des künftigen Ausschusses.

Pforzheim. Jeden Mittwoch Abend Versammlung im Saale des Herrn Bäcker Bnd. Sebanvorstand 1 Treppe.

Spandau. Arbeiterbildungsverein. Montag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr. Vortrag über die Erziehung. Bogi'sches Lokal (obere Stube), Breitenstraße 14. Gäste willkommen.
Der Ausschuss.

Zur gefälligen Beachtung. Alle sozialdemokratischen und Lassalle'schen Schriften sind stets zu haben bei Jean Müller Kolporteur, Bayerstraße 86 III. Etage.

Sozialdemokratische Abhandlungen
von
M. Rittinghausen.
Fünftes Heft: Ueberlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe.
Preis, äußerst billig gestellt, 6 Silbergrößen.
Mit diesem (6 Druckbogen starken) Heft, welches sich den früheren Heften an dem Inhalte nach anschließt, liegt nun der Leserwelt über die direkte Gesetzgebung durch das Volk ein vollständiges Werk vor, das erste in deutscher Sprache. Manche für die Sozialdemokratie wichtige Frage, z. B. die Proudhon'sche Idee der Anarchie, wird in dem fünften Heft gründlich besprochen.
Gegen franco-Einsendung von 6 Sgr. 8 Pf. (in Briefmarken) an die Adresse: Rittinghausen, Köln, Gerckenstraße 36, erhält der Besteller das Heft portofrei unter Kreuzband. Zusammen bezogen auf diese Weise, kosten die fünf Hefte 17 Sgr.

Bierseidel sowie Tassen
mit den Bildnissen der sogenannten Leipziger Hochherräther (Photographie auf Porzellan) à Stück 22 1/2 Ngr. Bei Einsendung des Betrags wollen 3 Or. für Kosten zum Versandt noch beigelegt werden.
Bestellungen nimmt entgegen W. Fink, Hobe Straße 4. Leipzig.

In der Stollberg'schen Verlagsbuchhandlung in Gotha erschien und in allen Sortiments-Buchhandlungen zu haben:
Freireligiöser Kalender
für 1873.
Herausgegeben von Dr. Specht.
Preis 5 Silbergrößen (incl. Stempel).

Sorben erschien und ist durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:
Marx, Kapital, Lieferung 5 u. 6. Preis der Lieferung 10 Or.
Protokoll des Mainzer Kongresses. Preis pro Stück 2 1/2 Or.
Briefe deutscher Bittelpatrioten an Louis Bonaparte von B. Bedert in 5 Lieferungen. 1. Lieferung 7 1/2 Or.
Volksstaatskalender. 2. Auflage. Preis pro Stück für Sachsen 4 Or. 3 Pf., außerhalb Sachsens 3 Or. und wird nach Auswärts nur durch das Zollamt versandt.
Bericht des Generalraths an den Congreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Haag. Preis pro Exemplar 6 Pf.
Genossenschaftsbuchdruckerei: Antkeilscheite bez. Antkeilsantw. erhalten ferner: in Stollberg b. Chemnitz: E. An. Thlr. 1., D. Nr. 1. in Witten a. t. R. C. W. 1. Th. 36. 1., C. St. 1., F. Th. 1., G. Or. 1. Arb.-Bild. Nr. 1. in Reichenbach, Sachsen. Nr. 1. 1. R. 1. 1., A. St. 1., E. St. 1., K. Nr. 1. in Gießen, K. St. 1., G. Nr. 1. Th. St. 1. in Heßfeld b. Dinsburg Chr. St. 2. in Thonberg Th. 1. in Erfurt C. St. 1., A. Nr. 2. A. St. 2., E. St. 2. in Drebach Th. 1., C. St. 3., F. Nr. 2., G. St. 2. in Elmshaus bei Chemnitz Th. 1., C. St. 1., D. St. 1., Th. St. 1., F. St. 1. in Gotha Th. 1., D. St. 1. in Reudnitz G. St. 2. in Leipzig C. St. 1.
G. H. K. Kaffner.
Briefkasten: Alle Sendungen, mit und ohne Verlanggabe, sind zu adressiren: Genossenschaftsbuchdruckerei, Leipziger Str. Nr. 44, Leipzig. — Bemdert, Hamburg: Erlauben uns ichernigste Sendung zur Schlussabrechnung, da ohne eine solche weder Vollamtsbescheine noch Theilantwungen versandt werden können.
Leipzig: Berantw. Redakteur H. Rübke. (Redaktion und Expedition des Volksstaat.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

*) Daß Auer in Berlin Sie für einen Polizeispion erklärt haben soll oder erklärt hat, das soll beweisen, daß die Redaktion des „Volksstaat“ die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins geschmäht hat? Nachwürdiges Zeugnis, das. R. d. B.